

## **FLUCHT AUF LEBEN UND TOD ...**

### **Die Fluchtkatastrophen der Reichs- und Volksdeutschen in Ost-Mittleuropa 1944/45 Band V/06**

#### **Sowjetische Angriffe östlich der Oder-Neiße-Linie**

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die militärische Lage in den ostdeutschen Provinzen (x001/9E-10E): >>Sowjetrussische Truppen vor den Grenzen Ostdeutschlands

Bis zum Sommer 1944 lagen die deutschen Ostprovinzen fernab von allem Kriegsgeschehen. Von Luftangriffen leidlich verschont, schienen sie die sichersten Gebiete des Reiches zu sein. Das ständige Zurückweichen der Ostfront beeinträchtigte das Sicherheitsgefühl ihrer Bewohner wenig, spielten sich die Kampfhandlungen doch immer noch Hunderte von Kilometern östlich von Memel und Weichsel ab.

Diese Lage änderte sich grundlegend nach dem Beginn der russischen Großoffensive am 22. Juni 1944. Innerhalb weniger Wochen durchmaß die zahlenmäßig weit überlegenen sowjetischen Angriffsarmeen den weiten Raum zwischen Dnjepr und Weichsel, zerschlugen dreißig deutsche Divisionen und gelangten in unmittelbare Nähe Ostpreußens. In den ersten Augusttagen verursachten vorgeprellte sowjetische Panzerspitzen eine überstürzte Flucht der Bevölkerung des Memellandes, die sich jedoch als übereilt erwies, da die russischen Truppen die Reichsgrenze nicht überschritten und in der Folgezeit wieder zurückgeworfen wurden.

Mit der Niederwerfung des polnischen Aufstandes in Warschau im September 1944 hatte die Entwicklung der Operationen im polnischen Raum, einen vorläufigen Abschluß gefunden. Die Front verlief von Süden nach Norden im allgemeinen entlang dem großen Weichselbogen bis Warschau, folgte dann dem Narew und lief auf einer Linie östlich von Lyck bis östlich von Schloßberg dicht an der ostpreußischen Grenze entlang bis über die Memel und führte weiter in nördlicher Richtung durch Litauen hindurch. Ostpreußen war nunmehr unmittelbares Hinterland der Front geworden, und auch das für die deutsche Kriegsindustrie so außerordentlich wichtige Industriegebiet Oberschlesien lag nur noch 150 km von der Weichselfront entfernt.

Der russische Angriffserfolg war um so schwerwiegender, als er außer den westlichen Gebieten Rußlands auch einen beträchtlichen Teil Ostpolens der deutschen Herrschaft entrissen hatte und die russischen Truppen für die folgenden Kämpfe auf eine aktive Teilnahme polnischer Kampfverbände rechnen konnten.

Sogleich nach der Besetzung Ostpolens durch sowjetische Truppen hatte das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung das Regiment in dem befreiten Teil Polens übernommen (22. Juli 1944, und bereits vier Tage später wurde zwischen ihm und dem sowjetischen Befehlshaber ein Abkommen geschlossen, wonach Polen sich verpflichtete, alle militärisch mögliche Hilfe zur Bekämpfung der Deutschen zu leisten. –

Durch Aushebung von Soldaten und die Vereinigung der Partisanenverbände aus Ostpolen mit den seit dem Herbst 1943 auf russischer Seite eingesetzten polnischen Divisionen wurden die polnischen Streitkräfte beträchtlich vermehrt.

Da sich das polnische Befreiungskomitee, das sich am 31. Dezember 1944 zur Provisorischen Regierung der Polnischen Republik konstituierte, ausschließlich aus kommunistisch gesinnten Polen zusammensetzte, die während des Krieges der Union der Polnischen Patrioten in der Sowjetunion angehört hatten, stellte die Wiedererrichtung des polnischen Staates auch einen politischen Erfolg der Sowjets dar, der von weitreichenden Folgen sein sollte.<<

## **Verteidigungsmaßnahmen, Räumungspläne und NS-Propaganda**

>>Immer, wenn man die Meinung der Mehrheit teilt, ist es Zeit, sich zu besinnen.<< Mark Twain, eigentlich Samuel L. Clemens (1835-1910, nordamerikanischer Schriftsteller)

Nach dem mißglückten "Hitler-Attentat" (20.07.1944) erhielten einige NS-Organisationen z.T. wesentliche militärische Aufgaben und Rechte, weil Hitler fast nur noch den NS-Gauleitern und SS-Führern vertraute.

Die Gauleiter (ab 16.11.1942 auch Reichsverteidigungskommissare) in den ostdeutschen Provinzen und annektierten Gebieten waren: Erich Koch (Ostpreußen), Karl Hanke (Niederschlesien), Fritz Bracht (Oberschlesien), Albert Forster (Danzig-Westpreußen), Franz Schwede-Coburg (Ostpommern) und Emil Stürtz (Mark Brandenburg).

Reichsstatthalter Konrad Henlein (Sudetengau), Reichsstatthalter Arthur Greiser (Reichsgau Wartheland), Generalgouverneur Hans Frank (Generalgouvernement = westliches Polen), Reichsprotector Konstantin von Neurath (Protectorat Böhmen und Mähren = Tschechoslowakei).

Die Gauleiter waren nur dem Führer und Reichsleiter Bormann (Hitlers Sekretär) unterstellt. Sie beauftragten nur Kreisleiter, Kreisbauernführer, NSV-Kreisamtsleiter, Kreisfrauenschaftsleiterinnen und NSDAP-Gliederungsführer mit der Vorbereitung sowie Durchführung von Räumungs- und Bergungsmaßnahmen. Das Personal der staatlichen Ämter und Behörden (z.B. Beamte, Landräte und Bürgermeister) war den NSDAP-Kreis- und Ortsgruppenleitern disziplinarisch unterstellt. Ab Juli 1944 kontrollierten die NS-Gauleiter außerdem den Ausbau der Befestigungsanlagen, organisierten die Aufstellung und Leitung des Volkssturms und überwachten sämtliche Evakuierungsmaßnahmen. Vor allem die ungenügenden Räumungsvorbereitungen wirkten sich später besonders verhängnisvoll aus.

Die Wehrmachtsbefehlshaber und Frontoffiziere forderten frühzeitig die Räumung der bedrohten Gebiete. Sie teilten den verantwortlichen NS-Führern unmißverständlich mit, daß die Frontlinien viel zu schwach seien, um den erwarteten sowjetischen Ansturm abzuwehren bzw. aufzuhalten. Obwohl die militärische Lage bereits im Sommer bzw. im Herbst 1944 vollkommen aussichtslos war und sowjetische Offensiven unmittelbar bevorstanden, unternahmen die verantwortlichen NSDAP-Führer monatelang nichts, um die Zivilbevölkerung aus den gefährdeten Ostgebieten zu evakuieren.

Ab Juli 1944 bis Januar 1945 wurden in den deutschen Ostprovinzen umfangreiche Grenzbefestigungen errichtet und ausgebaut (Ostpreußen = "Ostwall", Ostbrandenburg = "Obrastellung", Ostpommern = "Pommernwall" und Schlesien = "Bartholdlinie"). Hitler hatte die Weisung für den Ausbau des Ostwalls bereits am 12.08.1943 erteilt ("Führerbefehl" Nr. 10).

Der Bau von Panzersperren, Geschützstellungen, Schützengräben, Straßenbarrikaden, Munitions- und Treibstofflagern erforderte unsägliche Arbeit und Mühe. Um größere Städte verteidigen zu können, mußten endlose Grabensysteme, eine Vielzahl von Schützenlöchern und Befestigungen angelegt werden. Die NSDAP-Organisationen zwangen die einheimische Bevölkerung fast täglich zu sinnlosen Arbeitseinsätzen. In Tages- und Nachtschichten wurde trotz Hitze, Regen, Sturm oder Kälte rund um die Uhr gebaut und geschachtet. Alle Frauen, Männer, ältere Schülerinnen und Schüler, die eine Schaufel oder einen Spaten halten konnten, mußten monatelang Schanzarbeiten leisten. Tausende von Fremdarbeitern (Polen, Ukrainer u.a.) sowie Kriegsgefangene, die oft nur mangelhaft untergebracht und gepflegt werden konnten, "schaufelten" ebenfalls in den deutschen Ostprovinzen, um das Millionenheer der Roten Armee zu stoppen.

Die Wehrmachtsbefehlshaber durften vielerorts nicht einmal beratende Funktionen ausüben, so daß ein großer Teil der Befestigungsanlagen und Stellungen ungeeignet war. Einige sowjetische Angriffe erfolgten später vielerorts aus entgegengesetzten oder seitlichen Richtungen.

Viele Abwehrstellungen konnte man auch wegen fehlender Truppen nicht besetzen. In manchen neuerrichteten Verteidigungsstellungen kämpften zwar Volkssturmeinheiten gegen sowjetische Panzertruppen, aber ohne schwere Waffen war jeder Widerstand völlig aussichtslos. Hitler hatte ab 1942 fast alle ostdeutschen Artilleriegeschütze demontieren und an die französische Atlantikküste ("Atlantikwall") verlagern lassen, wo sie größtenteils kein einziges Geschos abfeuerten. Der "Atlantikwall" verfügte z.B. über 14.747 Betonbunker und Geschützstände (x090/290).

Obwohl die Kampffront fast täglich näher rückte und der Kampflärm immer deutlicher zu hören war, stellte man die Schanzarbeiten nicht vorzeitig ein. Die Arbeiten wurden oft bis zur "letzten Minute" fortgesetzt, so daß zahlreiche Zivilisten, Fremdarbeiter und Kriegsgefangene, die unverdrossen ihre Pflicht erfüllten bzw. Zwangsarbeit leisten mußten, den Überraschungsangriffen der Roten Armee zum Opfer fielen. Hitlers Plan, das sowjetische Millionenheer mit Gräben und Schützenlöchern aufzuhalten, mußte zwangsläufig scheitern.

### **Volkssturm**

>>Alle Altersheime können wegen Einberufung zum Volkssturm geschlossen werden!<< (NS-Spottvers)
----------------------------------------------------------------------------------------------------

Nachdem Hitler am 25.09.1944 den Befehl zur Bildung des deutschen Volkssturms erteilt hatte, wurden alle waffenfähigen Männer vom 16. bis zum 60. Lebensjahr erfaßt. Sämtliche Männer, die bisher wegen kriegswichtiger Arbeiten oder Untauglichkeit vom Wehrdienst befreit waren, einschließlich der Arm- und Beinamputierten, wurden jetzt rekrutiert.

Trotz dieser Rekrutierungsmaßnahmen erfaßte man nur einen Teil der wehrfähigen Männer, denn die große Mehrheit der NSDAP-Parteimitglieder wurde nie an der Kampffront eingesetzt. Die NS-Führungskräfte stellten weiterhin viele junge HJ-Führer und "besondere" NS-Parteigenossen eigenmächtig vom Kriegseinsatz frei. Während gesunde, kräftige NS-Parteimitglieder "wehruntauglich" waren und aufgrund ihrer "guten Beziehungen" ausgemustert wurden oder ungefährliche Druckposten ergatterten, hetzte man schwächliche Jugendliche und alte, kraftlose Greise an die Kampffronten, um die Heimat "bis zum letzten Blutstropfen" zu verteidigen (x049/32).

Ungeachtet des "totalen Krieges", den Goebbels am 18.02.1943 verkündet hatte (Hitler-Erlaß zur totalen Mobilisierung vom 13.01.1943), waren bis 1944/45 mindestens noch 60 % aller NSDAP-Parteigenossen un- (unabkömmlich) gestellt oder verschafften sich sichere Posten an der "Heimatfront". Von 20 deutschen Frontkämpfern war höchstens 1 Soldat Mitglied der NSDAP.

Der SD berichtete im Jahre 1944 über "Drückebergerei" und "Druckposten" (x049/31-32): >>Der im Kriegseinsatz ... stehende Volksgenosse stelle häufig fest, daß gewisse Teile der Bevölkerung von den Totalisierungsmaßnahmen (Maßnahmen für den totalen Kriegseinsatz) nicht erfaßt würden. ... Im Vordergrund der kritischen Äußerungen stehen die UK-Stellungsmaßnahmen. ... Oft ist die Ansicht zu hören, daß die Behörden, Körperschaften des öffentlichen Rechts und viele berufsständige Einrichtungen (z.B. der Reichsnährstand), auch die NSDAP und einzelne ihrer Gliederungen, nur oberflächlich erfaßt würden. Die Enttäuschung äußere sich vereinzelt in der Behauptung, wer ein Amt bei einer Behörde oder NSDAP habe, werde nicht eingezogen, selbst wenn er kv (kriegsverwendungsfähig) sei.<<

Generaloberst Guderian (Chef des Generalstabs des Heeres) hatte ursprünglich die Mobilisierung aller waffenfähigen Männer beantragt, um die Wehrmacht zu verstärken. Nach dem gescheiterten "Stauffenberg-Attentat" übernahmen jedoch die Gau- und Kreisleiter der NSDAP und ihre Parteiorganisationen (z.B. SA, SS und HJ) die Aufstellung und Führung des "letzten militärischen Aufgebotes".

Für die militärische Organisation und den Kampfeinsatz des Volkssturms war Himmler (Reichsführer-SS und Befehlshaber des Ersatzheeres) verantwortlich. Die Volkssturmangehörigen waren Soldaten im Sinne des deutschen Wehrgesetzes und der Haager Landkriegsordnung. Sie erhielten ein Soldbuch und hatten die gleichen disziplinarischen Pflichten und Rechte wie die Soldaten der Wehrmacht. Ausbildung, Bewaffnung und Kleidung der Volkssturmangehörigen waren im allgemeinen äußerst mangelhaft und primitiv.

Der Volkssturm wurde häufig nur mit französischen, polnischen, sowjetischen und sonstigen Beutewaffen ausgerüstet. Ausreichende bzw. passende Munition war gewöhnlich nicht vorhanden (höchstens 5-10 Patronen pro Mann). Einige Volkssturmmänner bewaffneten sich notgedrungen mit eigenen Jagd- und Schrotflinten. Falls man genügend NS-Uniformen hatte, bekam der Volkssturm feldgrau eingefärbte NS-Parteiformen. Viele Volkssturmmänner erhielten jedoch lediglich Armbinden mit dem Aufdruck "Deutscher Volkssturm - Wehrmacht". Winterstiefel oder festes Schuhwerk standen ebenfalls nicht zur Verfügung, so daß mancher Volkssturmangehörige im härtesten Winter mit Halbschuhen an die Kampffront marschieren mußte.

### **NS-Propaganda und Parolen**

>>Am Unsinn hängen bekanntlich Menschen und Völker mit zärtlicher Treue.<< (Johannes Scherr)

Die verantwortlichen NS-Parteibehörden, NS-Rundfunk, NS-Presse und NS-Parteifunktionäre täuschten bis zum bitteren Ende militärische Möglichkeiten vor, die es schon längst nicht mehr gab.

Das NS-Regime kündigte z.B. für März 1945 Frühjahrsoffensiven gegen die Rote Armee an, um die Kriegswende einzuleiten. Ferner sollten "Wunderwaffen" (Riesenpanzer, unbesiegbare Kampfflugzeuge, ferngesteuerte Luftabwehrraketen usw.) eingesetzt und ausgeruhte, kampfstarke Truppenverbände aus dem Westen an die Ostfront verlegt werden, da die westlichen Alliierten den Kampf schon bald einstellen würden.

Diese verantwortungslose NS-Propaganda wirkte derartig nachhaltig, daß viele Deutsche bis zum militärischen Zusammenbruch an den "Endsieg" glaubten. Sie warteten jeden Tag auf den großen Gegenschlag und den Einsatz der kriegsentscheidenden "Wunderwaffen".

Die perfekte NS-Propaganda verbreitete unentwegt aufpeitschende Parolen und forderte die Zivilbevölkerung zum entscheidenden Gefecht auf: >>Die deutsche Gegenoffensive hat begonnen! ... Neue Wunderwaffen erfolgreich im Einsatz! ... Die deutsche Front steht und wird ständig stärker! ... Gau- und alle sonstigen politischen Leiter kämpfen in ihrem Gau und Kreis, siegen oder fallen! ... Ein Hundsfott, wer flüchtet und nicht bis zum letzten Atemzug kämpft! ... Germanische Gefolgschaftstreue bis in den Tod! ... Widerstand bis zum Letzten, jedes Dorf wird eine Festung! ... Noch in diesem Jahr tritt die große geschichtliche Wende ein! ... Adolf Hitlers Siegesglaube - auch unser Glaube! ... Hinter dem Führer steht ein Volk, das auf ihn baut! ... Im Unglück nicht feige, sondern trotzig werden! ... Dem Geist unseres Volkes gehört die Zukunft!<<

Den nicht zu übersehenden Rückzug der deutschen Wehrmacht stellten Goebbels' Propagandamedien meistens als taktische Maßnahme dar.

Fast alle Gau-, Kreis- und Ortsgruppenleiter waren ständig unterwegs. Sie hielten unentwegt "flammende Reden" und Durchhalteappelle. Hierbei setzte man vor allem auf Falschmeldungen, Halbwahrheiten, übertriebene Vaterlandsliebe oder offene Drohungen, um die verunsicherten Volksgenossen zu beruhigen oder einzuschüchtern.

In den letzten Kriegsmonaten versammelten sich die Deutschen täglich vor den Radiogeräten, weil jeder die neuesten Wehrmachtsberichte verfolgen wollte. Der Wehrmachtsbericht wurde

regelmäßig, vom ersten bis zum letzten Tag des 2. Weltkrieges, vor den Mittagsnachrichten im Radio gesendet und in den Tageszeitungen veröffentlicht. Nach der stets gleichbleibenden Ankündigung - "DAS OBERKOMMANDO DER WEHRMACHT GIBT BEKANNT" - folgte ein zusammenfassender Bericht über die Kampfhandlungen an allen Fronten. Die Wehrmachtsberichte waren in knapper, nüchterner Form abgefaßt und vermieden direkte Falschmeldungen. Das OKW operierte zwar ab Dezember 1941 mit Auslassungen, Verschleierungen und Verharmlosungen, aber im allgemeinen wurden alle militärischen Ereignisse und Entwicklungen umfassend dargestellt, da das OKW bis zum Kriegsende eine direkte NS-Zensur verhindern konnte (x051/623).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die allgemeine Lage in den östlichen Provinzen 1944/45 (x001/10E-13E): >>Deutsche Verteidigungsmaßnahmen und Räumungspläne in den östlichen Provinzen

Die unmittelbare Bedrohung Ostdeutschlands, die durch den sowjetischen Vormarsch bis zur Weichsel und zur ostpreußischen Grenze entstanden war, führte seitens der deutschen politischen Führung zu verzweifelten Maßnahmen. Obwohl die Gesamtkriegslage im Herbst 1944 infolge des Vormarsches der Westalliierten bis an die deutsche Westgrenze, bei dem stetigen Zurückweichen der deutschen Armee in Italien und den Verlusten an der Südostfront bereits als aussichtslos gelten mußte, machte man sich glauben, daß durch ein Aufgebot des ganzen Volkes in letzter Stunde das Schicksal noch einmal gewendet werden könnte.

Zu dieser Verkennung der Lage kam bei Hitler nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 die zum äußersten gesteigerte Zwangsvorstellung - von seinen politischen Vertrauten noch bewußt genährt -, die Generalität habe durch Sabotage die militärischen Rückschläge mitverursacht. Die Folge davon war Hitlers Erlaß vom 25. Juli 1944, durch den Goebbels das Amt eines Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz übertragen erhielt und der gesamte Staats- und Wirtschaftsapparat in erhöhtem Maße der Kontrolle der Bevollmächtigten der Partei unterstellt wurde.

Neben Goebbels waren dies vor allem die Gauleiter, die schon seit dem 16. November 1942 zugleich auch die Stellung von Reichs-Verteidigungskommissaren innehatten und deren Befugnisse nun erweitert und auch auf Fragen der militärischen Verteidigung ausgedehnt wurden. Ihnen, nicht der militärischen Führung, wurde der Ausbau von Befestigungsanlagen in den Ostprovinzen und durch einen Erlaß Hitlers vom 18. Oktober 1944 die Aufstellung und Leitung des Volkssturms übertragen.

Noch im Juli 1944 wurde die gesamte arbeitsfähige männliche Bevölkerung Ostpreußens zum Ostwallbau aufgerufen. Bauern und Landarbeiter sowie die wegen Unabkömmlichkeit bisher von Einberufungen zum Kriegsdienst verschont gebliebenen Männer bis zum 65. Lebensjahr, dazu auch ausländische Arbeitskräfte wurden von den Kreisleitungen der NSDAP. zu Schippkolonnen zusammengestellt und in drei- bis vierwöchigen Kommandos während des Sommers und Herbstes 1944 an der östlichen Grenze Ostpreußens und hinter der Narew-Front zum Bau von Panzergräben, Schützenlöchern und Bunkern befohlen.

Für den gesamten Ostwallbau von der Memel bis Warschau lag der Oberbefehl in den Händen des äußerst ehrgeizigen und brutalen Gauleiters und Reichsverteidigungskommissars von Ostpreußen Erich Koch.

Im Gebiet des Generalgouvernements und des Warthegaues kam es ebenfalls zu umfangreichen Schanzarbeiten. Unter Einsatz von Polen und Deutschen wurden zwei hintereinander gestaffelte Stellungen ausgehoben, die vordere entlang der Linie Leslau-Kutno-Wielun, die weiter rückwärts gelegene längs der Linie Kolmar-Posen-Lissa. Weitere Befestigungsanlagen wurden im Zuge des Unternehmens Barthold entlang der alten schlesisch-polnischen Grenze gebaut und Teile der schlesischen Bevölkerung zu den Erdarbeiten herangezogen. Desgleichen mußte die Zivilbevölkerung im östlich der Weichsel gelegenen Teil des Reichsgaues

Danzig-Westpreußen und im Bereich der alten Pommern- und Obra-Stellung, die sich an der östlichen Grenze Pommerns und Brandenburgs hinzog, zum Stellungsbau antreten.

Die Militärbefehlshaber der einzelnen Frontbereiche hatten bei diesen von den Reichsverteidigungskommissaren geleiteten Befestigungsbauten nur beratende Funktionen; daraus ergaben sich naturgemäß zahlreiche Meinungsverschiedenheiten, teilweise kam es zur Anlage von Befestigungen, die militärisch unbrauchbar oder taktisch unzweckmäßig waren. Im Hinblick auf die Tatsache, daß später fast überall die nötigen Truppeneinheiten zur Besetzung der in langen Monaten ausgebauten Stellungen fehlten, erscheint die ganze Aktion des Ostwallbaues heute als eine der verzweifelten und letztlich nutzlosen Anstrengungen der letzten Kriegsmo-  
nate.

Ähnliches gilt auch von der Einrichtung des Volkssturms. Die Idee des Volksturms war eine Folge des nach dem 20. Juli proklamierten totalen Kriegseinsatzes gewesen. Ursprünglich von dem damaligen Generalstabschef des Heeres, Generaloberst Guderian, an Hitler herangetragen, ging die Ausführung dieser Idee bald auf die Partei über, in der vor allem der ostpreußische Gauleiter Koch als ihr Verfechter hervortrat. Im Oktober 1944 wurde durch Goebbels im ganzen Reich die Bildung des Volkssturms proklamiert, der alle Männer vom 16. bis 65. Lebensjahr erfassen sollte, die bisher wegen kriegswichtiger Arbeiten oder wegen mangelnder Tauglichkeit vom Wehrdienst befreit gewesen waren.

Die Gau- und Kreisleitungen der NSDAP, hatten die Aufstellung und Leitung dieser quasimilitärischen Organisation in der Hand. Zuerst in Ostpreußen, aber noch im Herbst 1944 auch in allen anderen Provinzen des Reiches wurden Volkssturmeinheiten geschaffen. Ihr militärischer Wert hat sich als äußerst gering erwiesen, und gerade im Osten des Reiches hat ihr Aufgebot im Grunde nur dazu geführt, daß die Zivilbevölkerung in den Wochen der Flucht vor der Roten Armee kaum noch männlichen Beistand besaß, was zur Steigerung ihrer Hilflosigkeit, ihrer Verluste und des Ausmaßes an Leiden führte.

Wesentlich bedeutsamer als die reinen Verteidigungsaufgaben wurde für das künftige Schicksal der ostdeutschen Bevölkerung die Art und Weise, wie sich die deutschen Behörden in der Frage der Räumung und Evakuierung verhielten. Bei den Parteiorganen war jede Beschäftigung mit Räumungsplänen von vornherein dadurch gehemmt, daß sie alles zu vermeiden hatten, was der mit allen Mitteln der Propaganda aufrechterhaltenen Siegeszuversicht der Bevölkerung Abbruch tun könnte, und daß überdies ihre Funktionäre in fast unglaublicher Hartnäckigkeit und Blindheit die wirklichen Gefahren ignorierten und an die immer aufs Neue angekündigte plötzliche Wendung der militärischen Lage Deutschlands glaubten oder solchen Glauben wenigstens zur Schau stellten.

Gleichwohl begann man, oft auf Initiative der zivilen Verwaltungsstellen, der Regierungspräsidenten, Landräte und Oberbürgermeister hin, seit dem Sommer 1944 ernste Erwägungen darüber anzustellen, was mit der Zivilbevölkerung geschehen solle, wenn es den sowjetischen Armeen gelänge, in die östlichen Provinzen des Reiches einzudringen.

So unzulänglich die hier erörterten Maßnahmen blieben und so sehr sie propagandistisch beeinflußt sein mochten, so haben sie sich doch in einem Punkt als absolut gerechtfertigt erwiesen, nämlich in dem Wissen oder der Ahnung davon, daß ein Einbruch sowjetischer Truppen in deutschbewohnte Gebiete unerträgliche Leiden für die Zivilbevölkerung heraufführen werde und deshalb die Flucht oder Evakuierung der Bevölkerung die einzige Chance ihrer Rettung sei. In dieser Frage stimmten Regierungspräsidenten, Landräte und Bürgermeister, die sich sonst nicht selten gegen die Bevormundung seitens der Parteistellen wehrten, durchaus mit diesen überein.

Und auch die Wehrmachtsbefehlshaber, die aus ihrer Erfahrung am deutlichsten wußten, was der Zivilbevölkerung bevorstehen würde, wenn sie in die Hände der siegreichen russischen Truppen fiel, unterstützten kategorisch das Verlangen, die deutsche Zivilbevölkerung des

Ostens aus den Gefahrenbereichen zu evakuieren.

Der Unterschied zwischen den einzelnen verantwortlichen Behörden bestand nur darin, daß die zivilen Verwaltungsbehörden ebenso wie die Wehrmachtsbefehlshaber in der Regel zeitiger an Räumungsvorbereitungen dachten und intensiver auf die Evakuierung der Zivilbevölkerung drängten, als die Gau- und Kreisleitungen dies aus Gründen des Prestiges zuließen. Leider aber lag die Kompetenz in allen Evakuierungsangelegenheiten in letzter Instanz bei den politischen Leitern der NSDAP, die eifersüchtig darauf achteten, daß ihre Anordnungen befolgt wurden.

Dennoch zeigte es sich in der Behandlung der Evakuierungsfrage, daß auch unter den für die Räumung verantwortlichen Gauleitern keineswegs einheitliche Auffassungen herrschten. Während der Gauleiter von Ostpreußen, Koch, als ihm im Sommer 1944 vom Oberpräsidium Königsberg ein Plan zur Evakuierung der Bevölkerung Ostpreußens vorgelegt wurde, sich weigerte, diesen Plan auch nur als geheime Instruktion an die Verwaltungs- und Parteidienststellen in Ostpreußen weiterzuleiten, waren im Reichsgau Wartheland, im Reichsgau Danzig-Westpreußen, in Schlesien und in Pommern seit Juli/August 1944 immerhin bereits detaillierte Räumungspläne ausgearbeitet und geheime Instruktionen für den Ernstfall der Räumung ausgegeben worden.

Allerdings lag ihnen sämtlich eine völlig falsche Einschätzung der zu erwartenden russischen Großangriffe zugrunde. Insbesondere erwiesen sich die Vorstellungen über die Zeit, die man zur Evakuierung der Bevölkerung haben würde, als sehr irrig. Auch erstreckten sich diese Pläne meist nur auf das Hinterland der Front, und in vielen Fällen sahen sie Aufnahmegebiete für die Evakuierten vor, die im Zuge des späteren sowjetischen Angriffs selbst in kürzester Zeit zur Kampfzone wurden. Der Verlauf der russischen Offensive im Januar 1945 machte schließlich alle diese Überlegungen gegenstandslos und erwies die getroffenen Vorbereitungen als absolut unzulänglich.

Im Ganzen hat sich die Befehlsgewalt der Gau- und Kreisleitungen in der Räumungsfrage auch später mehr hemmend als fördernd ausgewirkt. Wenn es hier und dort durch die persönliche Tatkraft und die umsichtige Leitung einzelner auch gelang, das Chaos der Flucht zu bannen und durch die Organisation der Verpflegung und Unterkunft manche Not der Flüchtlinge zu mildern, so hat der Zwang der Parteibefehle fast in allen Gegenden verhindert, daß die Flucht der Bevölkerung rechtzeitig begann.<<

### **Kinderlandverschickung und Bombenevakuierte**

>>Beim Abschied wird die Zuneigung zu den Dingen, die uns lieb sind, immer ein wenig deutlicher.<< (Michel Eyquem de Montaigne)

Die Kinderlandverschickung begann im Jahre 1940 und mußte ab 1943 ausnahmslos befolgt werden. Die Verschickungsaktion wurde von der NS-Volkswohlfahrt (NSV), Hitlerjugend, NS-Lehrerschaft und anderen Erziehungsbehörden durchgeführt. KLV-Maßnahmen waren grundsätzlich kostenlos. Hunderttausende wurden damals von ihren Kindern und Enkeln getrennt. Ende 1943 hatte das NS-Regime bereits rd. 1,0 Millionen Kinder und Jugendliche in etwa 5.000 KLV-Lagern (Belegung: 18-1.200 Schüler) "in Sicherheit" gebracht (x072/22).

Die evakuierten Schülerinnen und Schüler wurden mehrheitlich östlich der Oder in KLV-Heimen untergebracht. Im Rahmen der "Erweiterten Kinderlandverschickung" evakuierte das NS-Regime von 1940-45 ca. 3,0 Millionen Kinder und Jugendliche (im Alter von 7-16 Jahren) in vermeintlich "bombensichere" Gebiete des Deutschen Reiches und in besetzte Gebiete Ost-Mitteleuropas (x072/22).

In den letzten Kriegsmonaten hielten sich noch über 500.000 KLV-Evakuierte in Ostdeutschland, im Sudetenland, in Böhmen und Mähren, in der Slowakei sowie im Warthegau auf

(x049/45). Anstatt die KLV-Heime rechtzeitig zu räumen, mußten die Kinder und Jugendlichen nach der "Schule" monatelang Panzergräben und Straßenbarrikaden errichten. Viele KLV-Schulklassen flohen erst nach dem Zusammenbruch der deutschen Ostfront.

Später suchten Tausende von verzweifelten Eltern ihre vermißten Kinder und meldeten sie bei den DRK-Vermißenstellen. Der "DRK-Suchdienst" forschte z.B. noch im März 1952 nach 33.000 verschollenen "KLV-Evakuierten" und suchte gleichzeitig nach 18.000 vermißten Eltern von "KLV-Kindern".

Nachdem die westlichen Alliierten in Casablanca (Konferenz vom 14. bis 25.01.1943) die "Arbeitsteilung" der Luftoffensive vereinbart hatten, wurden die Luftangriffe gegen das Deutsche Reich drastisch gesteigert. Die US-Luftflotte führte danach Tagesangriffe ("Präzisionsschläge") gegen wichtige militärische und wirtschaftliche Kriegsziele durch, während die britischen Bomberverbände ausschließlich Nachtangriffe ("Flächenbombardements") flogen, die sich hauptsächlich gegen die Wohnviertel der deutschen Großstädte richteten (x049/75). Bei den Nachtangriffen verwendeten die Briten spezielle Leuchtfallschirme ("Weihnachtsbäume"), um die Zielgebiete zu markieren.

Im 2. Weltkrieg wurden 131 größere Städte durch anglo-amerikanische Bomberflotten angegriffen (x049/76,77). Nach alliierten und deutschen Statistiken mußte die Reichshauptstadt Berlin z.B. 29 schwere Luftangriffe überstehen. Dann folgten Braunschweig (21), Ludwigshafen-Mannheim (19), Frankfurt, Kiel und Köln (je 18), Hamburg und München (16), Koblenz und Hamm (je 15) sowie Hannover und Magdeburg mit je 11 schweren Nacht- und Tagesangriffen.

Im Verlauf des Luftkrieges (1940-45) warf bzw. schoß die deutsche Luftwaffe 74.130 t Bomben (einschl. V-Waffen) auf Großbritannien.

Die Alliierten warfen 1.995.935 t Bomben über dem Deutschen Reich und den deutschen Besatzungsgebieten ab (x041/106,141).

Bei den deutschen Terrorangriffen vom 10.07.1940 bis 29.05.1944 starben 41.294 britische Zivilisten und 52.128 Briten wurden verletzt. Vom 12.06.1944 bis 29.03.1945 kamen weitere 8.938 britische Zivilisten durch V1-Flugbomben oder V2-Fernraketen um; 24.504 Briten wurden verletzt (x051/365).

Im Deutschen Reich wurden mindestens 609.000 Menschen durch Luftangriffe getötet und mindestens 917.000 verletzt (x051/364). Die anglo-amerikanischen Bomben zertrümmerten rd. 1,6 Millionen Gebäude. Mindestens 3,4 Millionen Wohnungen existierten nicht mehr oder waren unbewohnbar (x051/364).

Angesichts der ständigen anglo-amerikanischen Luftangriffe flüchteten viele wohlhabende Familien aus den Großstädten und Industriegebieten West- und Mitteldeutschlands in die "sicheren Gebiete" östlich der Oder. Sie zogen bei ihren ostdeutschen Verwandten und Bekannten ein oder mieteten mittelfristig Wohnungen bzw. Häuser. Die zahlungskräftigen Bombenflüchtlinge aus der Reichshauptstadt Berlin, den mittel- und westdeutschen Großstädten, dem Rheinland und aus Westfalen reisten hauptsächlich in die landschaftlich schönsten Feriengebiete an der ostdeutschen Ostseeküste oder in die beliebten Luftkurorte der schlesischen Gebirge. Alle Ferienwohnungen und -häuser waren schnell vermietet und bis zum letzten Zimmer belegt. Sämtliche Kellerräume und Dachböden wurden mit Koffern, Kisten und sonstigen Wertgegenständen vollgestopft, denn jeder Bombenevakuierete hatte seinen wertvollsten Besitz mitgenommen und "in Sicherheit gebracht".

In den letzten Kriegsjahren verlagerte man außerdem wichtige Rüstungsbetriebe nach Ostdeutschland, in das Sudetenland oder nach Böhmen und Mähren. Durch diese Betriebsverlagerungen mußten Tausende von "Spezialisten" (Dienstverpflichtete) umziehen.

In den "Reichsluftschutzkellern" der deutschen Ostprovinzen, in den besetzten polnischen Gebieten, im Sudetenland und im Protektorat Böhmen und Mähren stiegen die Einwohnerzah-



len von 1943 bis Mitte 1944 um mindestens 950.000 Bombenevakuierte und 950.000 Dienstverpflichtete aus dem Westen des Deutschen Reiches.

Bis Ende 1944 war man jenseits der Oder vor Luftangriffen relativ sicher. Wegen der großen Entfernung führten die anglo-amerikanischen Bomberverbände nur selten Angriffe gegen ostdeutsche Großstädte und Häfen durch.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Bevölkerungsentwicklung in den ostdeutschen Siedlungsgebieten (x001/1E-8E):

**>>Stand der deutschen Bevölkerung in den Gebieten östlich der Oder-Neiße vor Beginn der sowjetischen Offensive nach Ostdeutschland**

Jede Darstellung der Austreibung der Deutschen aus dem Osten wird, wenn sie den richtigen Ausgangspunkt gewinnen will, von den Bevölkerungsbewegungen auszugehen haben, die sich während des zweiten Weltkrieges seit 1939 in allen Teilen des Deutschen Reiches vollzogen haben. Gelenkte und spontane Wanderungsvorgänge größten Stils, Evakuierungen auf der einen Seite, Menschenkonzentrationen auf der anderen veränderten den Bevölkerungsstand in den einzelnen Reichsgebieten gegenüber der Vorkriegszeit erheblich.

Während der ersten Kriegshälfte - bis in die Jahre 1942/43 - waren Millionen von Männern zum Kriegsdienst einberufen worden. Ihr Ausscheiden aus dem Zivilleben und aus der Wirtschaft sollte durch die Hinzuziehung von zahlreichen Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern, vor allem aus Polen, Frankreich und Rußland, ausgeglichen werden. –

Daneben ergaben sich aber noch Bevölkerungsverlagerungen anderer Art, besonders dadurch, daß neue Industrien errichtet, kriegswichtige Anlagen und Einrichtungen verlegt wurden. Dazu kam das Kontingent derer, die zur Verwaltung und Bewirtschaftung in die während der ersten Kriegsjahre eroberten und besetzten Gebiete außerhalb der Reichsgrenzen abströmten, und schließlich die Hunderttausende von Volksdeutschen, die im Zuge der "Rücksiedlung" verstreuter deutscher Volksgruppen aus Osteuropa im Reichsgebiet untergebracht wurden.

Mit dem Jahr 1943 begannen infolge der ständigen Verschärfung des Luftkrieges neue, noch tiefer greifende Veränderungen des Bevölkerungsstandes. Rund eine halbe Million Zivilpersonen fiel den Bombenangriffen zum Opfer, und mit Beginn dieser Angriffe setzte die Evakuierung oder der freiwillige Abzug besonders von Frauen und Kindern aus den Großstädten und aus den am stärksten luftgefährdeten Gebieten im Nordwesten des Reiches und aus Berlin ein. Der Umfang dieser Bewegung geht daraus hervor, daß die Großstädte des deutschen Reiches (in den Grenzen von 1937, die vor Beginn des Krieges 22,5 Millionen Menschen beherbergt hatten, Ende 1944 nur noch eine Bevölkerung von 15 Millionen zählten.

Insgesamt waren es etwa 10 Millionen Menschen, das ist nahezu ein Sechstel der damaligen deutschen Zivilbevölkerung des Reiches, die bei Kriegsende als Luftkriegsevakuierete, getrennt von ihren in näherer oder weiterer Entfernung gelegenen Wohnorten, in den verschiedensten Notunterkünften und Zufluchtsorten über das Reichsgebiet verstreut lebten.

Alle diese kriegsbedingten Bevölkerungsverschiebungen wirkten sich auf die deutschen Ostgebiete jenseits der Oder und Neiße aus. Gewiß noch höher als in den industriellen Gegenden des Reiches war in den vorwiegend agrarischen Ostgebieten der Anteil der zum Wehrdienst abberufenen Männer, da die Freistellungen vom Kriegsdienst in der Landwirtschaft nicht den zahlenmäßigen Umfang annahmen wie in der Industrie, und die Bauern und Landarbeiter besser als die Facharbeiter in der Industrie durch ausländische Arbeitskräfte ersetzt werden konnten.

Die Folge war, daß sich die arbeitsfähige Bevölkerung Ostpreußens, Ostpommerns, Ostbrandenburgs und Niederschlesiens in hohem Maße aus Frauen und ausländischen Arbeitern zusammensetzte, was sich in der kommenden Zeit der Flucht vor der Roten Armee sehr zum Schaden auswirkte. –

Obwohl in den Ostgebieten jenseits der Oder und Neiße auf Grund der weiteren Entfernung

von den alliierten Luftbasen größere Sicherheit vor Bombenangriffen bestand als in Mittel- und Westdeutschland, löste die in den letzten Kriegsjahren immer weiter ausgedehnte Tätigkeit der alliierten Luftwaffe auch in der, mit Ausnahme Oberschlesiens, geringen Zahl von ostdeutschen Großstädten eine Abwanderungsbewegung auf das Land aus.

Lediglich in den Städten des oberschlesischen Industriegebietes, das als einziges noch von Bombenangriffen verschontes Industriegebiet zu einem kriegswirtschaftlichen Schwerpunkt erster Ordnung geworden war, wurde die Evakuierung von Frauen und Kindern durch das Hinzukommen neuer Arbeitskräfte etwa ausgeglichen. ...

Zusammen mit den Evakuierten aus den ostdeutschen Großstädten strömten Hunderttausende von Bombenflüchtlingen aus dem mittleren und westlichen Reichsgebiet in die ländlichen Gegenden Ostdeutschlands ein. Die Zunahme der Bevölkerung auf dem Lande war besonders auffällig in der näheren Umgebung der Großstädte. Auch landschaftlich begünstigte Gegenden wie das Riesengebirge und die Ostseeküste erwiesen sich als besondere Anziehungspunkte. In diese Gegenden führte u.a. auch die sogenannte Kinderlandverschickung, bei der schulpflichtige Kinder aus luftgefährdeten Städten in Heime auf dem Lande evakuiert wurden. ...

Unmittelbarer als die Evakuierung der westlichen Städte des Reiches wirkte sich auf Ostdeutschland die Evakuierung der Reichshauptstadt Berlin aus. Bis Ende 1944 hatten 1,5 Millionen Menschen Berlin verlassen und waren zunächst vor allem in Brandenburg, später aber auch zu großen Teilen in Ostpreußen, Schlesien und selbst im Reichsgau Wartheland untergebracht worden.

Zusammen mit den zahlreichen Westdeutschen, die meist aus persönlicher Initiative bei Verwandten und Bekannten in Ostdeutschland Unterkunft gefunden hatten, bewirkte der Bevölkerungszustrom aus Berlin, daß die Zahl der in Ostdeutschland lebenden Zivilbevölkerung in den letzten Kriegsjahren fortgesetzt anstieg. Diese Zunahme wurde jedoch auch durch den nicht unwesentlichen natürlichen Bevölkerungszuwachs mitverursacht. Denn wenn man von den Wehrmachtsverlusten, die bei der Ermittlung der Anzahl der bei Kriegsende in Ostdeutschland anwesenden Menschen unberücksichtigt bleiben können, absieht, ergibt sich, daß die Zahl der Lebendgeborenen während der Kriegsjahre in den Ostgebieten die Zahl der Verstorbenen um fast eine halbe Million übertraf.

Die Folge des relativ hohen natürlichen Bevölkerungszuwachses, vor allem aber des Zustroms der Bombenflüchtlinge war, daß die Bevölkerungszahl der deutschen Provinzen östlich der Oder und Neiße im Frühjahr 1944, als noch keinerlei Bevölkerungsverschiebungen durch das Vordringen der Roten Armee eingetreten waren, trotz des Fehlens der zum Kriegsdienst Einberufenen höher war als 1939, wobei die im Lande befindlichen Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeiter nicht mitgezählt sind.

*Die Bevölkerungszahl der in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße lebenden deutschen Bevölkerung 1939 und 1944<sup>1)</sup>.*

Deutsche Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie (Grenzen von 1937)	17. 5. 1939 Volkszählung	Februar/März 1944 (nach der 59. Zuteilungsperiode der Lebensmittelversorgung)
Ostpreußen	2 488 000	2 519 000
Ostpommern	1 895 000	1 861 000
Ostbrandenburg	645 000	660 000
Schlesien	4 592 000	4 718 000
Insgesamt	9 620 000	9 758 000

1) Statistische Berichte des Berliner Reichsamtes, "59. Zuteilung der Lebensmittelversorgung

vom Februar/März 1944".

Während die Gesamtzahl der Zivilbevölkerung des deutschen Reiches (in den Grenzen von 1937) gegenüber dem Stand von 1939 durch die Einberufungen zur Wehrmacht um viele Millionen abgenommen hatte, war die Zahl der im Reichsgebiet östlich der Oder-Neiße lebenden Zivilbevölkerung sogar um 138.000 über den Friedensstand gestiegen. Diese Bevölkerungszunahme in Ostdeutschland war in erster Linie verursacht durch den Zustrom von Luftkriegsevakuierten aus den mittleren und westlichen Gebieten Deutschlands. Ihre ungefähre Zahl und Verteilung lassen sich aus den Ergebnissen der Verbrauchergruppenstatistik errechnen, die während des Krieges geführt wurde.

*Anzahl und Verteilung der Luftkriegsevakuierten in Ostdeutschland  
(Februar/März 1944).*

Ostpreußen	200 000
Ostpommern	100 000
Ostbrandenburg	75 000
Schlesien	450 000
<hr/>	
Oder-Neiße-Gebiete	
insgesamt	825 000

Wie die einheimische Ostbevölkerung wurden auch die Bombenevakuierten, die sich in Ostdeutschland aufhielten, in die Ereignisse der Vertreibung hineingerissen. Sie sind Mitleidende dieser Ereignisse gewesen, wenngleich sie hierbei nicht wie die einheimischen Ostdeutschen ihre angestammte Heimat verloren haben und deshalb auch in keiner Statistik der Vertriebenen enthalten sind.

Zu den 9,7 Millionen Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die am Ende des Krieges in den ostdeutschen Gebieten lebten, gehören neben den zahlenmäßig geringen echten Minderheiten fremden Volkstums auch die Gruppen, die zwar nicht oder nur teilweise der deutschen Sprachgemeinschaft zugerechnet werden können, jedoch in der überwiegenden Mehrzahl sich politisch als Deutsche fühlten, soweit sie nicht in die Kategorie des schwebenden Volkstums eingeordnet werden müssen. Dies gilt z.B. für diejenigen Masuren in Ostpreußen, die sprachlich noch nicht vollständig in das deutsche Volkstum aufgegangen waren, und für bestimmte Teile der das sogenannte Wasserpolnisch sprechenden Oberschlesier.

In allen diesen Fällen lassen sich bei den verwickelten sprach- und volkspolitischen Verhältnissen des Ostens nationales Bewußtsein und Sprache nicht einfach gleichsetzen. Wie sich diese Gruppen beim Einfall der Roten Armee und später verhalten haben, läßt sich heute noch nicht hinreichend feststellen. Sicher ist jedoch, daß ihre Existenz die sehr fragwürdige Grundlage der polnischen Versuche bildete, rund eine Millionen Personen deutscher Staatsangehörigkeit in Ostdeutschland als sogenannte Autochthone zu reklamieren.

Demgegenüber ist festzustellen, daß in den ostdeutschen Gebieten (Reichsgrenzen von 1937) bei Beginn des 2. Weltkrieges im Ganzen nur etwa 450.000 Angehörige entweder nicht deutsch sprechender oder doppelsprachiger Volksgruppen lebten, von denen jedoch nur etwa der vierte Teil echten Minderheiten zugehörte, während der überwiegende Teil seinem politischen Bewußtsein nach deutsch gesinnt war.

Die Erfassung der Anzahl der Deutschen, die bei Kriegsende östlich der Oder-Neiße lebten und infolgedessen das Schicksal der Vertreibung erlitten, wäre sehr unvollständig, würde sie nicht auch alle jene Deutschen einbeziehen, die außerhalb der deutschen Ostgrenzen (nach dem Stande vom 31. Dezember 1937) ansässig waren. Es handelt sich hierbei vor allem um die fast rein deutsche Bevölkerung Danzigs und um die zahlreichen deutschen Memelländer,

von denen ein kleiner Teil litauisch sprach. Ferner wurden in gleicher Weise wie die Reichsdeutschen östlich der Oder-Neiße auch die rund 1,5 Millionen Personen eindeutig deutscher Volkszugehörigkeit betroffen, die in den Gebieten des polnischen Staates (in den Grenzen von 1937) lebten.

Vor allem Westpreußen und der nach der deutschen Besetzung gebildete Reichsgau Wartheland sowie der polnische Teil Ostoberschlesiens hatten eine zahlreiche einheimische deutsche Bevölkerung, die während des Krieges noch vermehrt worden war durch den Zuzug von Umsiedlern aus den baltischen Staaten, aus Wolhynien, Bessarabien, der Dobrudscha, der Bukowina und der Gottschee.

Auch aus dem Reich waren während der Zeit der deutschen Okkupation einige Hunderttausend Deutsche nach Polen zugewandert. Teils waren es Personen, die in den Jahren nach 1919 durch systematischen polnischen Boykott aus diesen Gebieten verdrängt worden waren und nach 1939 zurückkehrten, teils auch Reichsdeutsche, die zur Verwaltung und Bewirtschaftung der polnischen Gebiete ins Land kamen.

*Anzahl, Verteilung und Zusammensetzung der deutschen Bevölkerung Danzigs, des Memellandes und Polens nach dem Stande von 1944<sup>2)</sup>.*

Gebiete mit deutscher Bevölkerung außerh. d. dt. Ostgrenzen v. 31. 12. 1937	Alteingesessene dt. Bevölkerung	Umsiedler	Deutsche aus dem Reich	Insgesamt
Danzig <sup>3)</sup>	394 000	—	10 000	404 000
Memelland <sup>3)</sup>	129 000	—	5 000	134 000
Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig-Westpreußen	210 000	57 000	40 000	307 000
Reichsgau Wartheland	230 000	250 000	194 000	674 000
An die Provinz Ostpreußen angegliederte polnische Gebiete	31 000	8 000	26 000	65 000
Ostoberschlesien	238 000	38 000	100 000	376 000
Generalgouvernement	80 000	—	100 000	180 000
<b>Insgesamt</b>	<b>1 312 000</b> (62 %)	<b>353 000</b> (16 %)	<b>475 000</b> (22 %)	<b>2 140 000</b> (100 %)

2) "Kleiner Umsiedlungsspiegel" (x001/8E).

3) Personenstandsaufnahme vom 10.10.1941 (x001/8E).

Aus den vorangegangenen Übersichten geht hervor, daß bei Kriegsende in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße (in den Grenzen von 1937) 9,75 Millionen Menschen deutscher Staatsangehörigkeit lebten, die mit geringen Ausnahmen auch eindeutig deutscher Sprach- und Volkszugehörigkeit waren.

Daneben waren zur gleichen Zeit in Danzig, im Memelland und in Polen 2,14 Millionen Personen deutscher Volkszugehörigkeit anwesend. Dies bedeutet, daß über 11 Millionen Menschen östlich der Oder und Neiße wegen ihrer deutschen Volkszugehörigkeit die Ereignisse im Zusammenhang mit der Vertreibung erleiden mußten. –

Nicht einbegriffen in diese Zahl sind ca. 1,5 Millionen zum Kriegsdienst eingezogener ost-

deutscher Männer, die, soweit sie aus dem Kriege zurückgekehrt sind, ebenso zu Heimatvertriebenen wurden wie ihre ostdeutschen Angehörigen, die den Vertreibungsprozeß selbst erlebt hatten.<<

### **Lebensverhältnisse und Fluchtvorbereitungen in Ostdeutschland 1944/45**

>>Die Welt ist voll Unglück und man vergißt sogar sich selbst.<< (Heinrich Heine)

Das Sicherheitsgefühl der Ostdeutschen wurde zunächst nicht beeinträchtigt, da sich die Kampfhandlungen bis zum Sommer 1944 noch Hunderte von Kilometern östlich von Memel und Weichsel abspielten.

Nach dem Beginn der sowjetischen Großoffensive am 22. Juni 1944 änderte sich diese Lage jedoch grundlegend, weil die Truppen der Roten Armee bis nach Ostpreußen und zur Weichsel durchbrachen. Die Ostdeutschen fühlten sich trotz alledem noch geschützt und sicher. Fast alle glaubten weiterhin an den propagierten "Endsieg".

Im Herbst 1944 und im Januar 1945 rückte die Front jedoch täglich näher und der Gefechtslärm wurde ständig lauter. Der Flüchtlingsstrom vergrößerte sich unaufhörlich. In allen Dörfern und Städten der Ostprovinzen "brodelte" es. Niemand wußte genau, wo der Feind wirklich stand. Fast stündlich waren neue Gerüchte im Umlauf. Vielerorts zogen bereits abgehetzte, halberfrorene Wehrmachtssoldaten nach Westen. Die einheimische Bevölkerung reagierte erschüttert und fassungslos, denn sie erkannte nur zu deutlich die große Not der geschundenen Landser. Die ehemals stolze Wehrmacht war längst eine geschlagene Armee. Geschlossene Truppeneinheiten, die zur Kampffront nach Osten marschierten, sah man immer seltener.

Der dröhnende Kampfärm, unübersehbare dunkle Rauchschwaden und zurückflutende Truppen wiesen eindeutig darauf hin, daß die Ostfront vor dem Zusammenbruch stehen mußte. Vor allen Ämtern und Rathäusern bildeten sich Menschenansammlungen, da jeder Verpflegungs-, Futter- und Quartiersschein oder Zug- und Schiffsfahrkarten für die bevorstehende Flucht benötigte.

Vor der Flucht wurde in allen Haushalten gepackt. In hektischer Eile sammelte man alles zusammen, was unentbehrlich erschien. Nachdem sie die Fuhrwerke beladen hatten, warteten die ostdeutschen Bauern diszipliniert auf den Marschbefehl. Die Landbevölkerung verfügte über ein ausgeprägtes Pflicht- und Zusammengehörigkeitsgefühl. Fast niemand wollte eigenmächtig oder allein flüchten und die Dorfgemeinschaft im Stich lassen.

In jenen trostlosen Tagen und endlosen Nächten wurden die Nervosität und bedrückende Angst von Stunde zu Stunde größer. Da die Kampffront oftmals nur noch wenige Kilometer entfernt war, begab man sich nur noch angekleidet zur "Nachtruhe".

In der größten Not bewahrheitete sich wieder die uralte Lebensweisheit: "Not lehrt beten". Sämtliche Gottesdienste waren regelmäßig überfüllt, denn die verzweifelten Menschen suchten im Gebet sowie im Glauben neue Kraft und Trost. Alle fürchteten sich vor der düsteren und ungewissen Zukunft. Viele Mütter baten um vorzeitige Konfirmation bzw. Kommunion ihrer Kinder. Neugeborene wurden gewöhnlich sofort nach der Geburt im Elternhaus getauft.

Die Pfarrämter und Kirchen waren bevorzugte Zufluchtsstätten. Tagein und tagaus "belagerten" durchziehende Flüchtlinge die Pfarrhäuser; hier wurde niemand abgewiesen. Die Kirchengemeinden arbeiteten damals besonders eng und brüderlich zusammen. Im allgemeinen waren die evangelischen und katholischen Geistlichen furchtlose, treue Hirten, die ihre Gemeinden nicht verließen.

Vor der Flucht rüstete man sich oft noch einmal zum letzten Kirchengang. Diese Gottesdienste wurden unvergeßliche Abschiedsfeiern. Alle Gemeindemitglieder waren tief beeindruckt und bewegt. Viele Gottesdienstteilnehmer weinten bitterlich. Zum Schluß ging die Kirchengemeinde gemeinschaftlich auf den Friedhof, um sich von den Toten zu verabschieden.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die ersten sowjetischen Vorstöße nach Ostpreußen (x001/13E-16E): >>... **Die ersten sowjetischen Vorstöße nach Ostpreußen und die Flucht eines Teiles der ostpreußischen Bevölkerung im Herbst 1944**

Im Verlauf der russischen Anstrengungen zur Einschließung der im Baltikum von der Memel bis zum Peipus-See stehenden deutschen Heeresgruppe Nord kam es Anfang Oktober 1944 zum ersten sowjetischen Vorstoß in das Memelland. Am 5. Oktober 1944 begannen aus der Gegend südlich von Schaulen russische Angriffe in Richtung Memel und Tilsit. Am 10. Oktober wurde die Stadt Memel eingeschlossen und mit dem sowjetischen Durchbruch zur Ostsee zwischen Memel und Libau die Heeresgruppe Nord von ihrer Landverbindung zum Reich abgeschnitten. Die ganze nördliche Hälfte des Memellandes war verloren gegangen, während gegenüber Tilsit ein ausgedehnter Brückenkopf jenseits der Memel von deutschen Truppen gehalten werden konnte.

Schon wenige Tage später, am 16. Oktober, begann entlang der ca. 140 km breiten Front längs der östlichen Grenze Ostpreußens ein massiver russischer Angriff, der ins Innere Ostpreußens zielte. Zwischen Ebenrode und der Rominter Heide gelang den Russen am 19. Oktober ein tiefer Einbruch, und am 22. Oktober waren sie südlich Gumbinnen bis an die Angerapp vorgedrungen und bedrohten die Stadt Gumbinnen. Am 23. Oktober fielen Ebenrode im Nordabschnitt und Goldap im Südabschnitt des russischen Einbruchs in die Hände der Sowjettruppen. Auch der Südteil des Memellandes mußte aufgegeben und die deutschen Truppen mußten hinter die Memel zurückgenommen werden. Ein weiteres Vordringen nach Ostpreußen gelang der Roten Armee vorerst jedoch nicht.

Deutsche Gegenangriffe vernichteten Ende Oktober/Anfang November durch Flankenangriffe die sowjetische Angriffsspitze, drängten die Russen von der Angerapp nach Osten zurück und befreiten Goldap am 5. November, ohne jedoch verhindern zu können, daß ein Teil der ostpreußischen Kreise Schloßberg, Gumbinnen, Goldap, der gesamte Kreis Ebenrode und das Memelland in russischer Hand blieben.

Es war ein Glück, daß trotz des Zögerns der für die Räumung verantwortlichen Parteistellen der größte Teil der Bevölkerung aus diesen Kreisen gerade noch rechtzeitig herauskam. Am wenigsten gelang dies im Memelland.

Erst zwei Tage nach Beginn des sowjetischen Angriffs vom 5. Oktober wurde für die memeländischen Kreise der Räumungsbefehl gegeben. Teile der Bevölkerung befanden sich bereits auf der Flucht, andere gingen nichtsahnend ihrer Arbeit nach. Nachdem die Russen südlich der Stadt Memel zum Haff vorgestoßen waren, war eine Flucht der Bevölkerung aus dem nördlichen Teil des Kreises Memel auf dem Landweg unmöglich geworden. Nur diejenigen, die sich in die Stadt Memel begeben hatten, konnten während der Zeit der Einschließung Memels (Oktober 1944 bis Januar 1945 auf die Kurische Nehrung entinnen.

Die Bevölkerung der weiter südlich gelegenen Gebiete des Memellandes strömte teilweise entlang der Haffküste nach der Windenburger Halbinsel, von wo aus mehrere Tausende nach der Kurischen Nehrung und nach dem Kreis Elchniederung übergesetzt wurden. Andere versuchten in Richtung Tilsit über die Memel zu kommen. Aber auch dabei wurden noch zahlreiche Flüchtlinge von den russischen Truppen erfaßt. Mindestens 30.000 Menschen, das ist knapp ein Viertel der Bevölkerung des Memellandes, darunter sowohl deutsch als auch litauisch Sprechende, sind entweder nicht geflohen oder bei der Flucht in russische Hände gefallen.

Nicht nur im Memelland, auch bei dem russischen Vorstoß an die Angerapp versagte der Reichsverteidigungskommissar, dem die Räumung oblag. Als der Befehlshaber der 4. Armee, General Hoßbach, erkannte, daß ein russischer Angriff bevorstand, beantragte er die Evakuierung der Zivilbevölkerung aus den östlichen Kreisen, jedoch ohne Erfolg. Erst mehrere Tage

nach dem Beginn des russischen Angriffs, nachdem ein Teil der östlichen Kreise bereits in russischen Händen war, kamen die Räumungsbefehle. Inzwischen war durch Zusammenarbeit der Militärbefehlshaber mit dem Regierungspräsidenten des Regierungsbezirkes Gumbinnen aus eigener Initiative und gegen den Willen des Gauleiters die Evakuierung der Zivilbevölkerung veranlaßt worden.

Dort, wo dies nicht rechtzeitig oder nicht vollständig gelang, zeigte sich in aller Deutlichkeit, was die deutsche Bevölkerung von den russischen Truppen zu erwarten hatte. Am 20. Oktober fuhren südlich von Gumbinnen russische Panzerspitzen bei Großwaltersdorf an der Rominte und bei Nemmersdorf an der Angerapp in Flüchtlingsstrecks hinein, und es kam dabei zu furchtbaren Gewalttaten. Diese Vorfälle erhielten dadurch noch eine besondere Bedeutung, daß sie nach der Rückeroberung dieser Gebiete in aller Form bekanntgemacht wurden, was erheblich dazu beitrug, in der Bevölkerung den Schrecken vor der Roten Armee zu verbreiten und sie zur Flucht anzuspornen.

Der russische Vorstoß bis an die Angerapp trieb fast die gesamte Bevölkerung des Regierungsbezirks Gumbinnen auf die Flucht. Besonders Stadt und Kreis Insterburg standen im Zentrum dieser Fluchtbewegung. Nicht nur aus den in russischer Hand befindlichen Gebieten, sondern auch aus den Kreisen Lyck, Treuburg, Angerburg, Angerapp, Insterburg, Tilsit-Ragnit und Elchniederung retteten sich große Teile der Bevölkerung nach Westen.

Nachdem sich die Lage Ende Oktober gefestigt und der russische Einbruch eingedämmt war, zog auch die Gauleitung die Konsequenz aus begangenen Fehlern und ordnete auf Drängen der Militärs und der zivilen Verwaltungsbehörden an, daß ein etwa 30 km breiter Streifen hinter der Front von der Zivilbevölkerung geräumt werden müsse. Die Räumungsgrenze verlief von Norden nach Süden etwa längs der Linie Elchwerder am Kurischen Haff – Kreuzingen – Insterburg – Angerburg - Lyck.

Das Evakuierungsgebiet umfaßte mit Ausnahme des östlichen Teiles des Kreises Insterburg und Angerapp das gesamte Gebiet des Regierungsbezirkes Gumbinnen sowie die östliche Hälfte des zum Regierungsbezirk Allenstein gehörigen Kreises Lyck, das ist ca. 30 Prozent der Fläche der Provinz Ostpreußen. Über 600.000 Menschen, die in diesem Gebiet wohnten, d.h. ca. 25 Prozent der ostpreußischen Bevölkerung, mußten somit bereits im Oktober 1944 die Heimat verlassen.

Von ihnen wurde die Mehrzahl der städtischen und der sonstigen nichtbäuerlichen Bevölkerung, ferner Frauen mit kleinen Kindern, Alte und Kranke nach Sachsen, Thüringen und Pommern verbracht, während die mit Fuhrwerken und Vieh unterwegs befindliche ländliche Bevölkerung in den weiter westlich gelegenen Kreisen Ostpreußens aufgenommen wurde. Zu diesem Zweck war für jeden der geräumten Kreise je ein bestimmter Aufnahmekreis festgelegt, der außer der Bevölkerung und den Verwaltungsbehörden auch das Vieh und die Sachgüter aus den geräumten Kreisen aufzunehmen hatte.

Da die Unterbringungsmöglichkeiten in den Aufnahmekreisen nicht ausreichten, ging man jedoch bald dazu über, größere Teile der Bevölkerung aus Ostpreußen heraus ins Innere des Reiches zu transportieren. Sehr viele begaben sich auch freiwillig zu Verwandten ins Reich. Überhaupt riefen die Ereignisse im Oktober 1944 in der ostpreußischen Bevölkerung ein starkes Gefühl des Bedrohtseins hervor, wie es die anderen östlichen Gebiete des Reiches zu diesem Zeitpunkt noch nicht kannten.

Dies führte dazu, daß neben der Evakuierung aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen auch in anderen ostpreußischen Gebieten allmählich eine stille Abwanderung einsetzte, gegen: die auch alle Drohungen der Gauleitung nichts ausrichten konnten. Zusammen mit einem großen Teil der Flüchtlinge aus der evakuierten Zone im Ostteil der Provinz verließen auch Zehntausende aus den Regierungsbezirken Königsberg und Allenstein das gefährdete Ostpreußen, insbesondere der größte Teil der Bombenevakuieren aus Berlin und Westdeutschland,

daneben aber auch Frauen und Kinder sowie viele Personen, die zur Ausübung ihres Berufes nicht an Ostpreußen gebunden waren.

Während sich im März 1944 noch 2.346.000 Menschen in Ostpreußen befanden, lebten am Ende des Jahres 1944 nur noch 1.754.000 Personen in dem noch in deutscher Hand befindlichen ostpreußischen Gebiet. Etwa eine halbe Million Menschen hatte unter dem Druck der Roten Armee bereits vor der russischen Großoffensive vom Januar 1945 Ostpreußen verlassen und war nach weiter westlich gelegenen Provinzen des Reiches abgewandert, und ca. 100.000 Menschen waren im Memelland und im Regierungsbezirk Gumbinnen in die Hände der sowjetischen Truppen gefallen.

Soweit sich die aus Ostpreußen Geflohenen in Pommern und Ostbrandenburg befanden, gerieten sie jedoch noch einmal in den Strudel der Ereignisse hinein, die sich mit dem russischen Vormarsch und der russisch-polnischen Verwaltung für die deutsche Zivilbevölkerung der Gebiete jenseits von Oder und Neiße ergeben sollten.<<

### **Hitlers Vernichtungsstrategie**

>>Mit einem schlechten Alleinherrscher aber kann niemand sprechen, gegen ihn gibt es kein anderes Mittel als das Eisen.<< (Niccolo Machiavelli)

Angesichts der hoffnungslosen militärischen Lage mußte jedem Informierten klar sein, daß der Zusammenbruch der deutschen Ostfront nur noch eine Frage der Zeit war. Anstatt alles zu tun, um das Leben und die Gesundheit der wehrlosen Zivilbevölkerung zu bewahren, unternahmen die maßgeblichen NS-Führer schlechthin nichts für die Rettung der ihnen anvertrauten Menschen. Niemand bemühte sich wirklich tatkräftig, die schutzlose Bevölkerung rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Hitler, der im Jahre 1940/41 bereits die Ermordung der europäischen Juden (sog. "Endlösung") angeordnet hatte und ab 1941/42 ca. 3,3 Millionen sowjetische Kriegsgefangene aus rassenideologischen Gründen umkommen ließ, verhinderte bewußt die mögliche Rettung der Ost- und Volksdeutschen (x041/112). Falls man auch diesen Krieg verlieren würde, sollte das Deutsche Reich vollständig untergehen und vernichtet werden.

Hitler hatte sein "NS-Vernichtungsprogramm" schon im Jahre 1934 angekündigt (x066/77):

>>... Aber wenn wir dann auch nicht siegen können, so werden wir, selbst untergehend, noch die halbe Welt mit uns in den Untergang reißen, und niemand wird seines Sieges über Deutschland froh sein. Ein 1918 gibt es nicht wieder. Wir kapitulieren nicht. Wir werden nicht kapitulieren, niemals! Wir können untergehen. Aber wir werden eine Welt mitnehmen, eine Welt in Flammen. ...<<

Hitler-Rede vom 27.11.1941 (x073/207): >>Wenn das deutsche Volk einmal nicht mehr stark und opferbereit genug ist, sein eigenes Blut für seine Existenz einzusetzen, so soll es vergehen und von einer anderen, stärkeren Macht vernichtet werden. ... Ich werde dann dem deutschen Volk keine Träne nachweinen.<<

Hitler sagte während einer Gauleitertagung am 07.02.1943 (x085/42): >>Würde das deutsche Volk einmal versagen, so verdient es nichts anderes, als von einem stärkeren Volke ausgelöscht zu werden, dann könnte man mit ihm auch kein Mitleid haben. Deutschland stehe vor der Alternative, entweder der Herr Europas zu werden oder eine gänzliche Liquidierung und Ausrottung zu erleben.<<

Joseph Goebbels (NS-Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda; ab Juli 1944 "Generalbevollmächtigter für den totalen Krieg") stellte im März 1943 fest (x051/220): >>Vor allem in der Judenfrage sind wir so festgelegt, daß es für uns gar kein Entrinnen gibt.<<

Am 20.11.1943 verkündete Hitler in Breslau (x033/427,428): >>Wenn Deutschland diesen Kampf für sich selbst und für Europa nicht gewinnt, kommt die Barbarei der Steppe über un-



seren Kontinent. Bei diesem Krieg handelt es sich um ein gigantisches Ringen zwischen Völkern und Rassen, in dem die eine Weltanschauung siegt und die andere unbarmherzig vernichtet wird. Das heißt: **DAS VOLK, DAS VERLIERT, BEENDET SEIN DASEIN!**<<

Im August 1944 drohte Hitler während einer Gauleitertagung (x066/77): >>Sollte das deutsche Volk in diesem Ringen besiegt werden, dann war es zu schwach, die Prüfung der Geschichte zu bestehen, und nur der Vernichtung würdig.<<

Der "Führer" verfolgte spätestens ab 1944/45 nur noch ein Hauptziel. Er wollte das deutsche Volk mit allen Mitteln auslöschen (x030/179).

Hitler äußerte u.a. auch gegenüber Generaloberst Guderian (x076/261): >>Wenn der Krieg verloren geht, wird auch das deutsche Volk verloren sein. Dieses Schicksal ist unabwendbar. Es ist nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das Volk zu einem primitiven Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil ist es besser, selbst diese Dinge zu zerstören, denn das Volk hätte sich als das schwächere erwiesen und dem stärkeren Ostvolk gehöre dann ausschließlich die Zukunft. Was nach dem Kampf übrig bleibt, sind ohnehin nur die Minderwertigen, denn die Guten sind gefallen.<<

Der schwermütige, unberechenbare "Führer", der infolge seiner chronischen Magenbeschwerden und psychischen Krankheiten fast ständig unter Aufputsch- und Beruhigungsmitteln stand, hatte in den letzten Kriegsmonaten jeglichen Realitätssinn verloren. Hitler hoffte wahrscheinlich bis zum Schluß, Stalins Gewaltherrschaft vor der Weltöffentlichkeit zu enttarnen, um die Alliierten doch noch vorzeitig zu trennen.

Die NS-Gauleiter sollten die Flucht der deutschen Bevölkerung verhindern oder verzögern, um sie an die aufgeputschten, zügellosen Rotarmisten auszuliefern. Hitlers "genialer Schachzug" blieb jedoch völlig wirkungslos. Die westlichen Alliierten hielten alle deutschen Pressemeldungen (z.B. über die sowjetischen Massaker in Nemmersdorf/Ostpreußen im Oktober 1944) für übertriebene Lügen- und Greuelgeschichten der NS-Propaganda.

Hitler beabsichtigte, sein eigenes Leben so teuer wie möglich zu verkaufen. Die Tatsache, daß der Preis zwangsläufig das Leben, die Gesundheit und die Ehre sowie das Vermögen des deutschen Volkes war, entsprach Hitlers Vernichtungsplänen (x054/230).

Nach Hitlers Weisung vom 28.02.1945 sollte man auch Frauen und Mädchen an der Kampffront einsetzen (x053/122): >>Ob Mädchen oder Frauen, ist ganz wurscht: Eingesetzt muß alles werden.<<

Hitler plante außerdem die Vernichtung der jüngeren Generationen des deutschen Volkes (x076/262): >>**DAS SAATKORN SOLL MIT VERMAHLEN WERDEN.**<<

Albert Speer (vielleicht der einzige persönliche Freund, den Hitler in den letzten Tagen des NS-Regimes hat) berichtet später, daß Hitlers Pläne plötzlich willkürlich und ziellos geworden wären und zwangsläufig zu katastrophalen Folgen führen mußten. Hitler hätte bewußt versucht, das Volk mit sich untergehen zu lassen. Der verzweifelte Führer hätte keine moralischen Grenzen mehr gekannt. Für Hitler bedeutete das Ende seines eigenen Lebens gleichzeitig auch die Vernichtung des deutschen Volkes (x066/101).

Die späteren Flucht- und Befreiungskatastrophen offenbarten eindrucksvoll die Unmenschlichkeit und Verantwortungslosigkeit des NS-Terrorregimes. Im Jahre 1938 hatte das "kinderfreundliche" NS-Regime z.B. erstmalig feierlich Mutterkreuze verliehen ("dem Führer ein Kind") und gleichzeitig alle kinderlosen Ehepaare mit Strafsteuern belegt. Im Jahre 1945 wurden schließlich Hunderttausende von wehrlosen Müttern und Kindern dem tödlichen Inferno überlassen.

Dieser hinterhältige Verrat an den Ost- und Volksdeutschen bewies nachhaltig, daß der NS-Staat die Masse des Volkes nur für den Krieg und "Heldentod" benötigt hatte.

## Die sowjetische Winteroffensive im Januar 1945

>>Die Würfel sind gefallen.<< (Gajus Julius Caesar)

Am 18.02.1943 hatte Reichspropagandaminister Goebbels vor ausgewählten NS-Parteigenossen den "totalen Krieg" verkündet und die "Berliner Sportpalastrede" mit folgenden Worten beendet (x033/343): >>Nun, Volk, steh auf, und Sturm brich los!<<

Im Januar 1945 war es schließlich soweit, aber es war kein NS-Sturm, sondern Stalins "roter Orkan", der in den deutschen Ostprovinzen losbrach, um Tod und Entsetzen zu verbreiten.

Die sowjetische Winteroffensive vom 12.01.1945 kam für die Wehrmachtsführung nicht überraschend, denn dieser Großangriff wurde bereits seit Tagen erwartet. Der Nachrichtendienst "Fremde Heere Ost" hatte sogar ausnahmsweise den exakten sowjetischen Angriffstermin ermittelt.

Die deutschen Ostprovinzen und Westpolen wurden von 4 sowjetischen Heeresgruppen angegriffen. Jede sowjetische Heeresgruppe verfügte über mindestens 1.100.000 Soldaten (nur Kampftruppen; ohne Nachschubeinheiten), 55,0 Millionen Liter Benzin- und Dieseltreibstoffe und 35.000 Fahrzeuge, von denen die Mehrzahl aus Amerika kam, sowie über 1,5-2,5 Millionen Artillerie- und Werfergranaten. Während der langen Kämpfe um Stalingrad hatten die sowjetischen Truppen z.B. "nur" rd. 1,0 Millionen Granaten eingesetzt (x052/46).

Nach sowjetischen Angaben betrug die Gesamtstärke der Roten Armee etwa 9,0 Millionen Soldaten (einschl. Reserven, Nachschub etc.). Die sowjetischen Kampftruppen besaßen über 12.000 Panzer, mehr als 106.300 Geschütze und Granatwerfer und sowie 15.000 Kampfflugzeuge (x047/277).

Die Wehrmacht konnte nichts Gleichwertiges aufbieten. Während der monatelangen Rückzugsgefechte hatte man den größten Teil der schweren Waffen in den endlosen russischen Ebenen und Sümpfen zurücklassen müssen. Obwohl die deutschen Soldaten mit der knappen Munition und den Treibstoffen äußerst sparsam umgingen, besaßen sie nicht einmal die erforderlichen Mindestbestände.

Im Verlauf des deutsch-sowjetischen Ostkrieges waren schon Hunderttausende von kampferprobten Wehrmachtssoldaten erfroren, verblutet oder in sowjetische Gefangenschaft geraten, so daß ein abgekämpfter Landser oder ein schlechtbewaffneter Volkssturmmann 11 kampfgewohnte, schwerbewaffnete Rotarmisten aufhalten sollte.

Die sowjetischen Angriffe wurden stets mit einem vernichtenden Trommelfeuer eröffnet. Mit 250 Geschützen und Granatwerfern pro 1.000 m verfügte die sowjetische Artillerie vielerorts über unvorstellbare Feuerkräfte (x044/17). Viele Stellungen wurden wie durch Erdbeben erschüttert, systematisch zertrümmert bzw. vollständig ausgelöscht. In den vorderen Verteidigungsstellungen und Schützengräben kamen gewöhnlich alle Soldaten um. Manche Artilleriestellungen erlitten ebenfalls hohe Verluste (z.T. mehr als 50 %).

Die zerschlagenen Wehrmachtsverbände stellten sich trotz der großen Übermacht "zum letzten Gefecht" und kämpften überall verbissen, denn für die Zivilbevölkerung konnte jede gewonnene Stunde die Rettung bedeuten. Die große Verzweiflung, ständige Todesangst, ohnmächtige Hilflosigkeit und erbitterte Wut setzten zwar ungeahnte Kräfte frei, aber die überlegenen sowjetischen Truppen konnten fast nirgends aufgehalten werden. Tausende von deutschen Frontsoldaten wurden in ihren Schützengräben zusammengeschossen oder von Panzern überrollt.

Nach den sowjetischen Durchbrüchen waren die deutschen Abwehrlinien (HKL) teilweise kilometerweit unterbrochen. In diesen Frontabschnitten bildeten sich schon bald "Kessel", in denen sich Tausende von Flüchtlingen aufhielten. Einzelne deutsche Truppenverbände nahmen diese Flüchtlingstrecks in ihre Mitte, um sie vor den Sowjets zu schützen. Diese "wandernden Kessel" schlugen sich in wochenlangen Kämpfen bis an die Oder durch und flohen

danach weiter zur Elbe. Einige "wandernde Kessel" wurden erst direkt vor der Oder bzw. Elbe von sowjetischen Truppen überrannt und vollständig niedergemacht.

Die letzten ostdeutschen Bastionen ("Festungen", Häfen und "Kessel") wurden besonders zäh und unglaublich selbstlos verteidigt. Die Truppen der "Festungen" (Breslau, Königsberg, Danzig, Kolberg, Elbing, Posen u.a.) konnten die Rote Armee zwar nur vorübergehend stoppen, aber der sowjetische Vorstoß wurde vielfach erheblich verzögert. Im Verlauf der z.T. wochen- oder monatelangen Belagerungen wurden wichtige Verkehrsknotenpunkte blockiert und gleichzeitig erhebliche Angriffskräfte gebunden.

Obgleich die Rote Armee teilweise große Verluste hinnehmen mußte, stürmten die Panzer- und Infanterietruppen täglich 30-40 km nach Westen. In jeder Ortschaft östlich der Oder-Neiße-Linie hörte man irgendwann den Schreckensruf: **"DIE RUSSEN KOMMEN! DIE RUSSEN KOMMEN!"**

Am 23. Januar 1945 erreichten sowjetische Truppen schon die Ostsee und schnitten Ostpreußen vom Deutschen Reich ab. Andere Truppen der Roten Armee legten in 18 Tagen über 400 km zurück (vom Weichselbogen bis zur mittleren Oder) und besetzten innerhalb von 14 Tagen die Provinz Ostpommern. Im März/April 1945 ließ Hitler die letzten halbwegs kampffähigen Panzer- und Infanterietruppen zur Verteidigung der Reichshauptstadt Berlin und des Sudetenlandes abziehen und beschleunigte den Zusammenbruch der Ostfront in Danzig und Ostpommern. In Schlesien blieb die Frontlage z.T. relativ stabil, da den Sowjets im Gebirge kein entscheidender Durchbruch gelang.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über den sowjetischen Angriff im Winter 1945 (x001/16E-23E): >>Überblick über die militärischen Operationen und die Fluchtbewegungen in den Provinzen jenseits der Oder-Neiße-Linie seit Januar 1945

Nach Abschluß der sowjetischen Sommeroffensive, die bis zur Weichsel führte, und nach Beendigung der Kämpfe in Ostpreußen vom Oktober 1944 blieben die Fronten in Ostpreußen und Polen bis zum Januar 1945 im wesentlichen stabil. Doch mußte jeden Tag mit dem Losbrechen einer neuen Offensive der Sowjets gerechnet werden. Trotzdem wurden im Winter 1944/45 mehrere deutsche Divisionen aus Ostpreußen und der Weichselfront herausgezogen und teils nach Ungarn, teils nach der Rheinfront übergeführt, wo im Dezember die deutsche Ardennenoffensive begann.

Die an der Ostfront zur Verfügung stehenden deutschen Kräfte waren damit weiter geschwächt worden; so gut wie völlig fehlten hinter der dünn besetzten Frontlinie kampffähige Reserven, die bei einem etwaigen Durchbruch sowjetischer Truppen hätten eingesetzt werden können.

Nachdem die deutsche Armeeführung Anfang Januar 1945 den Aufmarsch von mehr als zehnfach überlegenen russischen Kräften in den drei russischen Weichselbrückenköpfen von Baranow, Pulawy und Magnuszew festgestellt und trotz dringender Vorstellungen beim Führerhauptquartier keine Verstärkung erhalten hatte, war bereits deutlich, daß der zu erwartende russische Angriff eine militärische Katastrophe auslösen und die Zivilbevölkerung in ihren Wirbel reißen mußte.

Hatten die erbittert geführten Kämpfe auf allen Kriegsschauplätzen des 2. Weltkrieges eine möglichst vorsorgliche Evakuierung der Zivilbevölkerung notwendig gemacht und auch alenthalben eine Fluchtbewegung ausgelöst, so ließen die Erfahrungen mit dem ersten Einbruch sowjetischer Truppen in Ostpreußen erst recht ein Ausweichen der ostdeutschen Bevölkerung vor den ihr drohenden Gefahren geraten sein. Ihre einzige Chance lag darin, sich durch rechtzeitige Flucht dem Zugriff der Roten Armee zu entziehen. Ob und wie weit es für sie noch Fluchtmöglichkeiten geben würde, sollte ganz von der Schnelligkeit und der Richtung der russischen Vorstöße abhängen, die in den einzelnen Operationsgebieten sehr verschieden wa-

ren.

Die militärischen Operationen bestimmten weitgehend die Fluchtwege, die Fluchtrichtung, die Entstehung gewisser Brennpunkte der Fluchtbewegung. Eine erste Orientierung über den Verlauf des sowjetischen Vormarsches nach Ostdeutschland ermöglicht deshalb bereits eine Übersicht über die Hauptfluchtwege und die verschiedenen Fluchtsituationen in den einzelnen Operationsgebieten.

Vom 12.-15. Januar erfolgte - bei kurzer zeitlicher Staffelung der einzelnen Vorstöße aus den verschiedenen Aufmarschräumen - an der gesamten Front von der Memel bis zur oberen Weichsel der russische Großangriff.

Am 12. Januar brachen die Truppen der 1. Ukrainischen Front (Konjew) aus dem Baranow-Brückenkopf in Richtung Schlesien vor, am 13. folgte aus den Weichselbrückenköpfen Magnuszew und Pulawy der Angriff der 1. Weißrussischen Front (Shukow), der zum frontalen Stoß über Lodz und Kalisch auf die mittlere Oder angesetzt war. Zwei weitere Vorstöße sollten Ostpreußen abschnüren: Am 13. Januar vom Osten her der Angriff der 3. Weißrussischen Front (Tschernjachowski) in Richtung Königsberg, zwei Tage später, am 15. Januar, der aus dem Narew-Brückenkopf Pultusk über Ciechanów und Soldau angesetzte Vorstoß der 2. Weißrussischen Front (Rokossowski), der auf Thorn und Elbing zielte, um Ostpreußen vom Reich abzuschneiden.

Die mit ungeheurem Truppen- und Materialeinsatz geführten sowjetischen Angriffe erzielten schon in wenigen Tagen große Erfolge. Am schlimmsten entwickelte sich die Lage für die deutsche Abwehrfront im großen Weichselbogen und im Raum von Warschau. Schon am ersten Tag waren hier tiefe Einbrüche erfolgt, und am 15. Januar gab es in diesem Gebiet keinerlei zusammenhängende deutsche Front mehr. Im südlichen Teil der Weichselfront konnten Durchbrüche und Umgehungen nur dadurch verhindert werden, daß die deutschen Truppen sich vor den überlegenen sowjetischen Streitkräften nach Westen absetzten und hierbei wenigstens der Zusammenhalt der Front gewahrt blieb.

Am 18. Januar befanden sich die Armeen Shukows und Konjews auf der Linie Plock - Lodz - Tschenstochau - Krakau in weiterem, schnellem Vorgehen. Zwischen ihnen bewegten sich noch einzelne deutsche Verbände, die nach Westen auszubrechen suchten. Am 20. Januar überschritten russische Truppen östlich Breslau die alte Reichsgrenze und stießen bis an die Außenbezirke des oberschlesischen Industriegebietes vor. Schon wenige Tage später hatten sie bei Brieg (23.1.) und nördlich Breslau bei Steinau (28.1.) die Oder erreicht.

Im Gebiet des Warthegaues waren zu dieser Zeit die Städte Wreschen und Gnesen von russischen Truppen besetzt und am 25. Januar die Festung Posen eingeschlossen worden (Kapitulation Posens am 23. Februar), und noch immer drängten die Truppen Shukows in zügigem Vormarsch weiter nach Westen. Ihre Spitzen stießen bald beiderseits der Obra-Stellung vorbei und erreichten schon in den letzten Januartagen die Oder bei Fürstenberg und Küstrin. Am 2./3. Februar war ganz Ostbrandenburg bereits von russischen Truppen besetzt.

In kürzester Zeit waren die sowjetischen Angriffsarmeen vom großen Weichselbogen bis an den Mittellauf der Oder vorgestoßen und hatten mit den deutschen Truppen auch die flüchtende deutsche Bevölkerung aus dem Warthegau und Ostbrandenburg vor sich hergetrieben. Infolge der Schnelligkeit des russischen Vormarsches waren viele Flüchtlingstrecken auf dem Wege nach Westen überrollt worden. Nur diejenigen, die rechtzeitig über die Oder gelangten, waren vorerst in Sicherheit, denn bis zum April blieb die Front am der mittleren Oder stehen.

Inzwischen war auch in Ostpreußen die strategische Entscheidung bereits gefallen.

Der am 13. Januar zwischen Ebenrode und Schloßberg begonnene Angriff führte am 18. Januar zu einem Durchbruch bis an die Inster, der alle nördlich der Einbruchsstelle stehenden deutschen Truppen zwang, sich hinter die Deime zurückzuziehen. Am 22. Januar fiel Insterburg, und am 25. Januar waren bereits alle ostpreußischen Kreise westlich der durch die Dei-

me, den Masurischen Kanal und die Masurischen Seen gekennzeichneten Linie in russischer Hand.

Nicht minder erfolgreich war der aus dem Narew-Brückenkopf Pultusk vorgetragene sowjetische Angriff. Bis zum 19. Januar waren Ciechanów und Soldau gefallen und die ostpreußische Grenze im Kreis Neidenburg von russischen Truppen überschritten. Noch am gleichen Tage erreichten die ersten sowjetischen Verbände die Kreise Ortelsburg und Osterode und setzten ihren Vormarsch in Richtung Allenstein und Elbing fort.

Bald fielen die Städte Allenstein (21.1.) und Mohrungen (23.1.), und noch am 23. Januar drangen russische Panzer vorübergehend in Elbing ein, das jedoch erst nach schweren Kämpfen am 9. Februar eingenommen wurde. Schon am 26. Januar hatten die Russen bei Tolkemit das Frische Haff erreicht und damit die Land- und Bahnverbindung Ostpreußens zum Reich unterbrochen.

Nur einem geringen Teil der ostpreußischen Flüchtlinge war es gelungen, vor der Einschließung Ostpreußens die Weichsel nach Westen zu überschreiten. Jede weitere Fluchtbewegung in Richtung Westpreußen war nunmehr unmöglich geworden, und als letzter Ausweg für die im mittleren Teil Ostpreußens unterwegs befindlichen Trecks blieben nur das Samland mit dem Hafen von Pillau und vor allem das zugefrorene Frische Haff und die Nehrung, die noch eine letzte Landverbindung nach Westen bot.

Am 26. Januar mußte auch die Deimestellung ostwärts Königsberg aufgegeben werden, so daß die russischen Truppen ins Samland vorstoßen und am 31. Januar Königsberg einschließen konnten. - Indessen hatten die unter General Hoßbach stehenden Truppen der 4. Armee in Eilmärschen die Stellung entlang der Masurischen Seen verlassen, um durch eine gegen den Willen des Führerhauptquartiers unternommene Angriffsoperation nach Westen die Abschnürung Ostpreußens zu durchstoßen und den Anschluß an die westlich der Weichsel stehenden deutschen Truppen wiederzugewinnen. Nach anfänglichen Erfolgen hat dieser kühne Versuch am 26. Januar mit der Absetzung Hoßbachs und der Einstellung der von ihm begonnenen Operation sein Ende gefunden.

Am 30. Januar war die Besetzung des ostpreußischen Territoriums durch konzentrische russische Angriffe von Osten, Süden und Westen bereits weit fortgeschritten. Die Linie, auf der die deutschen Truppen in dieser Zeit standen, verlief von Tolkemit am Frischen Haff in südöstlicher Richtung nach Wormditt, bog dann ganz nach Osten um und folgte der Alle über Heilsberg nach Bartenstein, von wo aus sie in nordwestlicher Richtung bis nach Brandenburg bei Königsberg dicht an das Frische Haff zurückschwenkte und sich dann im Belagerungsring um Königsberg fortsetzte.

In diesem schlauchartigen Kessel, der an das Frische Haff angelehnt war und in seinem Zentrum die Kreise Braunsberg und Heiligenbeil umfaßte, waren Hunderttausende von ostpreußischen Flüchtlingen zusammengedrängt, die von dort aus in endlosen Trecks den gefährvollen Weg über das Eis des Frischen Haffs antraten. Neben dem Kessel südlich des Frischen Haffs waren noch die Stadt Königsberg sowie das westliche Samland mit Neukuhren, Rauschen, Pillau und Fischhausen in deutscher Hand. Hier hatten sich ebenfalls unzählige Flüchtlinge versammelt.

Diese letzten deutschen Bastionen in Ostpreußen wurden in den folgenden Monaten äußerst zäh verteidigt, um Zeit zum Abtransport der Zivilbevölkerung über das Haff und über den Seehafen Pillau zu gewinnen. Erst am 25. März verließen die letzten, auf der Halbinsel Balga zusammengedrängten deutschen Truppen über das Haff den Heilsberger Kessel. Am 9. April fiel Königsberg und am 25. April Pillau, während sich auf der Frischen Nehrung noch bis zum Waffenstillstand am 9. Mai deutsche Truppen hielten.

Zu einer ähnlichen Aufspaltung der deutschen Abwehrfront und zur Zusammenballung deutscher Truppen und Flüchtlinge in einzelnen Kesseln war es unterdessen auch in den weiter

westlich gelegenen Ostseegebieten um Danzig und in Pommern gekommen.

Der gleiche russische Vorstoß, der mit seinem rechten Flügel Soldau, Osterode und Elbing erfaßte, zielte mit seinem linken Flügel am Nordufer der Weichsel entlang nach Westen. Am 23. Januar wurde Thorn eingeschlossen, das sich bis zum 30. Januar hielt. Schon vorher war Bromberg in russische Hand gefallen (27.1.), und bald waren sowjetische Panzerspitzen auch bis zur Festung Graudenz vorgestoßen, die allerdings noch bis Anfang März zäh verteidigt wurde.

Etwa gleichzeitig mit Elbing wurde auch Marienburg erreicht, so daß Ende Januar die Nogat-Weichsel-Linie von Elbing bis Graudenz in russischer Hand war. Bei Graudenz bog die Front über die Weichsel weit nach Osten vor, wo in den letzten Januartagen Schneidemühl eingeschlossen worden war (Kapitulation am 14. Februar) und die ersten Einbrüche der Roten Armee in die südpommerischen Kreise Flatow, Deutsch Krone, Netzekreis, Friedeberg, Arnswalde, Pyritz und Greifenhagen erfolgt waren. Schon damals versuchten die Sowjets, Stettin und die Oder-Mündung zu erreichen, doch diese Versuche scheiterten an der deutschen Abwehr.

Während des ganzen Monats Februar blieb die Front in Pommern und Westpreußen mit nur geringen Veränderungen ca. 50 km nördlich der Warthe-Netze-Linie stehen. Die Weichselmündung, Danzig und die nördlichen Kreise Westpreußens sowie Ostpommerns blieben somit für alle über das Haff und die Nehrung aus Ostpreußen kommenden und für die aus dem Südteil Westpreußens und aus den polnischen Gebieten verdrängten deutschen Truppen und Bevölkerungsmassen noch als Zufluchtsstätten offen.

Erst Anfang März begann von Süden her die Aufspaltung Pommerns. Am 1. März stießen russische Angriffsspitzen bei Köslin an die Ostseeküste vor, versperrten dadurch den im Danziger Raum und in den östlichsten Kreisen Pommerns nach Westen Fliehenden den Weg und zwangen sie zur Umkehr nach Osten, wo über die Häfen von Danzig und Gdingen noch eine Möglichkeit des Entkommens bestand. –

Für die Bevölkerung und die deutschen Truppen, die sich in der westlichen Hälfte Ostpommerns aufhielten, wurde der Flucht- und Rückzugsweg über die Oder nach Westen in den ersten Märztagen immer mehr eingeengt, bis auch hier der Landweg nach Westen am 10. März endgültig unterbrochen war. Nur die Stadt Kolberg, die erst am 18. März nach 14-tägiger Belagerung fiel, stellte noch einen letzten Zufluchtsort dar, von dem aus mit Schiffen noch zahlreiche Flüchtlinge und Truppenteile nach dem Westen gebracht werden konnten. Nachdem dann am 27. März auch Gdingen und Danzig, von allen Seiten umfaßt, aufgegeben werden mußten, blieben nur noch die Weichselmündung bei Schiewenhorst und die Landzunge von Hela feindfrei.

Wie die Frische Nehrung in Ostpreußen konnten diese durch ihre natürliche Lage geschützten Gebiete bis zur Kapitulation gehalten und als letzte Ausgangspunkte für Seetransporte nach Rügen, Kiel oder nach Dänemark benutzt werden.

Es bleibt schließlich nur noch ein Blick auf Schlesien zu tun. Hier waren die sowjetischen Vorstöße auf Brieg und Steinau nach den Seiten hin so weit verbreitert worden, daß Ende Januar bereits alle östlich der Oder gelegenen schlesischen Gebiete in russischer Hand waren. Außerdem war es den Russen gelungen, bei Brieg und Steinau Brückenköpfe am Westufer der Oder zu bilden. Auch Oppeln war am 26. Januar gefallen.

Nur um Glogau hielt sich in Niederschlesien noch ein deutscher Brückenkopf östlich der Oder, und in Oberschlesien wurde noch heftig um Teile des Östlich der Oder gelegenen Industriegebietes gekämpft, nachdem dessen Zentrum mit den Städten Beuthen, Gleiwitz, Hindenburg und Kattowitz bereits in den letzten Januartagen verloren gegangen war. Am 10. Februar mußten sich die letzten im oberschlesischen Industriegebiet stehenden deutschen Truppen nach dreiwöchigen Kämpfen hinter die Oder zurückziehen, wo sie dann bis Anfang April einen ebenso hartnäckigen Kampf zur Verteidigung des Mährisch-Ostrauer Industriegebietes

fürten.

Am 8. Februar begannen die in Niederschlesien an der Oder stehenden sowjetischen Divisionen einen erneuten Angriff nach Westen. Aus dem Brückenkopf Steinau vorstoßend und gleichzeitig nördlich Glogau die Oder überschreitend, erreichten die russischen Truppen nach schweren Kämpfen und deutschen Gegenangriffen am Bober die Görlitzer Neiße. Zwischen Guben im Norden und Penzig im Süden gingen die deutschen Truppen am 25. Februar hinter die Neiße zurück, nur um Görlitz wurde noch ein deutscher Brückenkopf gehalten.

Im Zuge dieses sowjetischen Angriffs war am 10. Februar Liegnitz fast kampflos in russische Hände gefallen und am 12. Februar Glogau eingeschlossen worden. Gleichzeitig mit dem Vorstoß zur Neiße begann am 8. Februar eine Zangenbewegung der Roten Armee aus den Brückenköpfen Steinau und Brieg, die nach harten Kämpfen am 16. Februar zur Einschließung Breslaus führte. Auch Jauer, Striegau und Schweidnitz wurden Mitte Februar von den Russen eingenommen.

Nachdem am 3./4. März ein Versuch zur Überschreitung der Görlitzer Neiße nach Sachsen hinein in der Panzerschlacht von Lauban abgewehrt worden war, änderte sich die seit Mitte Februar entstandene Lage in Schlesien nur noch unerheblich. Bis Ende März konnte sich Glogau halten, und Breslau ergab sich erst am 6. Mai, zwei Tage vor der allgemeinen Kapitulation.

Anfang März verlief die Front von Ratibor bis zur Höhe von Oppeln entlang dem westlichen Oderufer und von dort über Strehlen - Striegau - Lauban bis zur Neiße bei Görlitz. In der zweiten Märzhälfte wurde auch der westlich der Oder gelegene Teil Oberschlesiens nahezu vollständig besetzt, und nur längs des böhmisch-schlesischen Grenzgebirges blieb ein sich durch ganz Schlesien hindurchziehender breiter Streifen noch bis in die Tage unmittelbar vor dem Waffenstillstand in deutscher Hand.

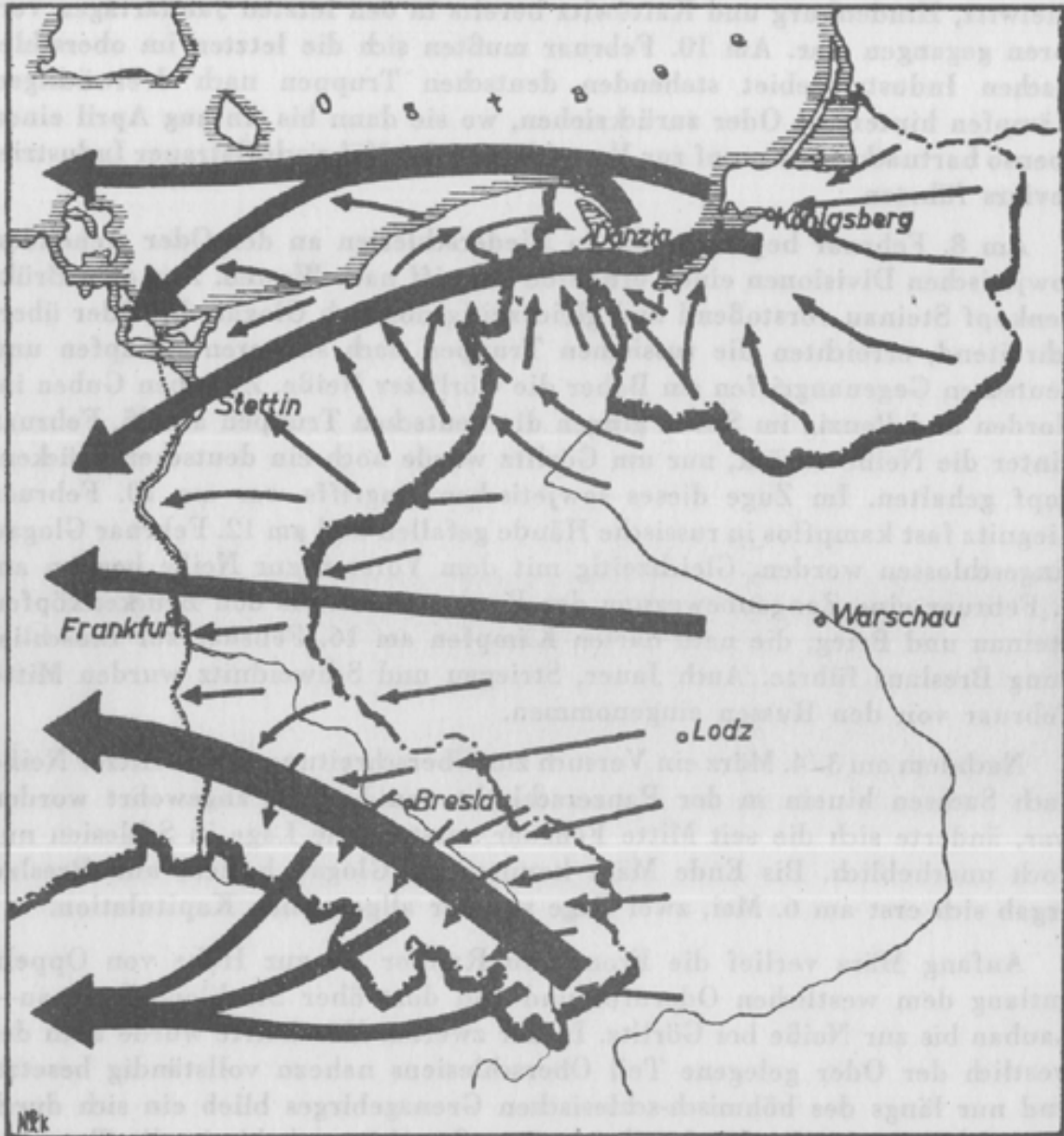
Entsprechend der geographischen Lage Schlesiens und dem Verlauf der Kampfhandlungen erfolgte die Flucht der schlesischen Bevölkerung in zwei Hauptrichtungen: Entweder in westlicher Richtung unter Benutzung der Hauptverkehrswege nach Sachsen oder in südlicher Richtung nach dem von allen Gegenden Schlesiens aus relativ schnell erreichbaren Gebirge bzw. über das Gebirge hinweg nach Böhmen und Mähren.



In allen deutschbewohnten Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie waren die Kampfhandlungen im wesentlichen bereits Ende März beendet und mit Ausnahme von einigen Häfen, Landungen, Festungsstädten und Gebirgsgegenden das ganze Land von russischen Truppen besetzt.

Die umfassendsten militärischen Operationen und demzufolge auch die Hauptfluchtbewegungen fielen in die Wochen von Mitte Januar bis Ende März 1945. Vor allem während dieser Zeit, vereinzelt auch noch in den darauffolgenden Wochen, strömten Millionen Deutsche aus dem Osten über die Oder und Neiße in das mittlere und westliche Reichsgebiet sowie über die alte Reichsgrenze nach Böhmen und Mähren oder auf dem Seewege nach den westlichen deutschen und dänischen Häfen.

Die folgende Skizze der Hauptfluchtwege soll diese Bevölkerungsbewegung von Ost nach West veranschaulichen:

*Die Fluchtwege der ostdeutschen Bevölkerung während des Vordringens der Roten Armee bis zur Oder-Neiße-Linie. (Januar—April 1945).*



-  = Allgemeine Fluchttrichtungen und Hauptfluchtwege.
-  = Örtliche Fluchtbewegungen, verursacht durch das jeweilige Vordringen der Roten Armee.